

titel

Meinungsumschwung bei Gesundheitsartikel und Einbürgerungsinitiative

Stabile Mehrheit gegen die Initiative „Volksouveränität statt Behördenpropaganda“

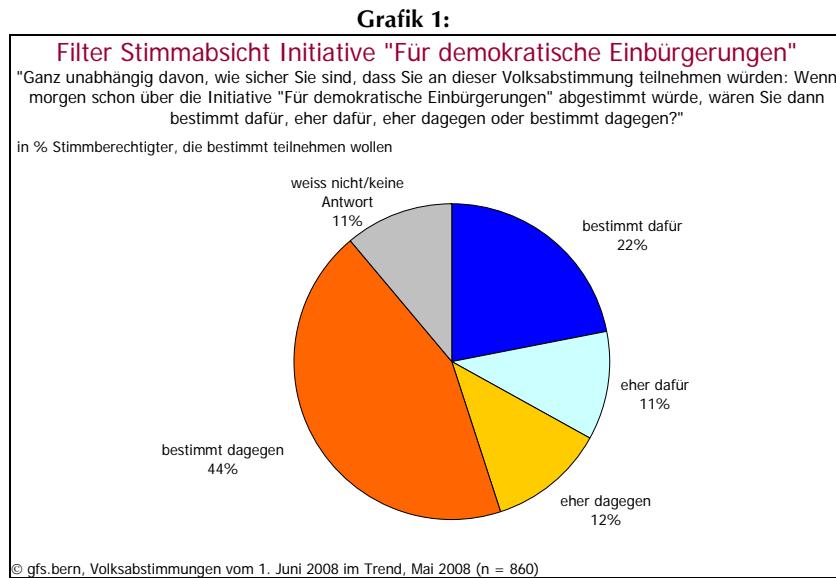
Medienbericht zur 2. Welle der Trendstudie „Abstimmungen vom
1. Juni 2008“ im Auftrag der SRG SSR idée suisse

Projektteam:
Claude Longchamp, Politikwissenschaftler
Matthias Bucher, Sozialpsychologe
Silvia Ratelband-Pally, Administratorin
Martina Imfeld, Projektassistentin

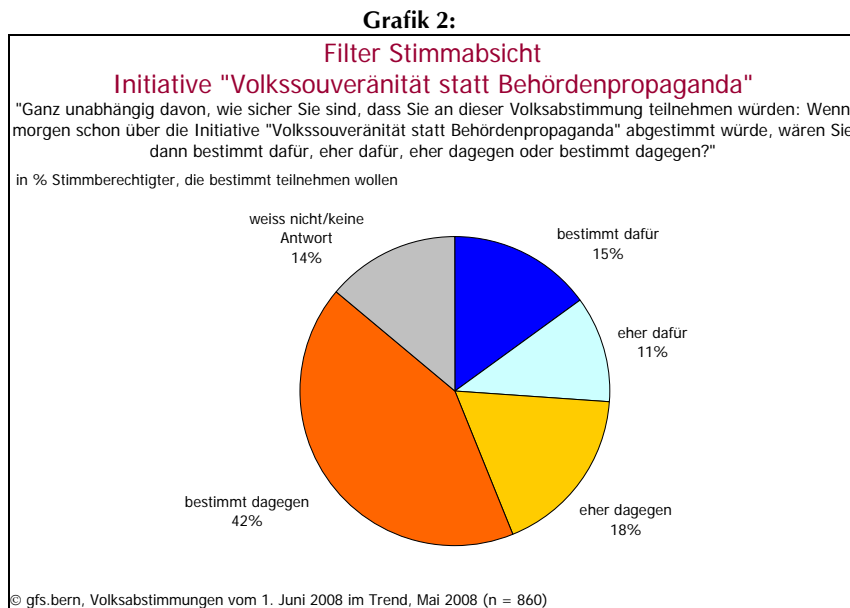


1. Headlines

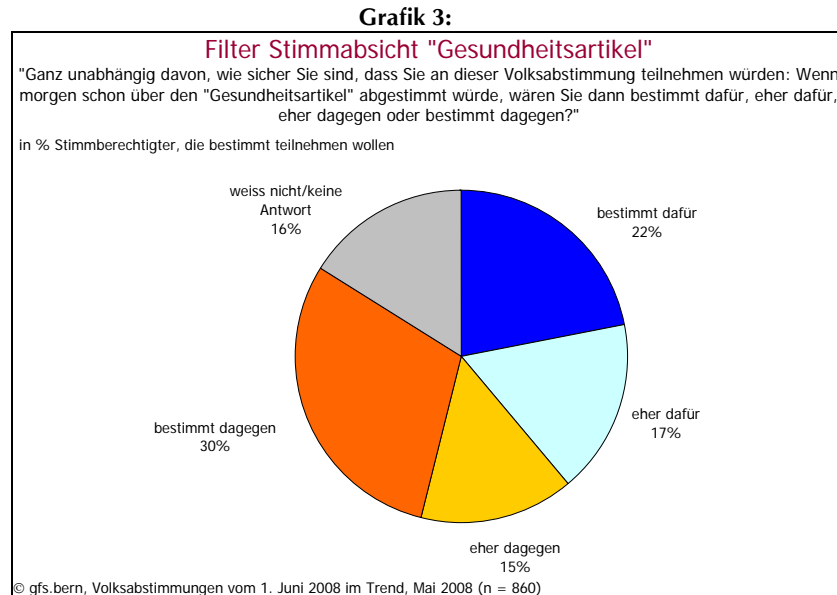
Wäre schon Mitte Mai 2008 über die drei Vorlagen der eidgenössischen Volksabstimmung vom 1. Juni 2008 entschieden worden, hätten bei der Initiative "Für demokratische Einbürgerungen" 56 Prozent der StimmbürgerInnen bestimmt oder eher dagegen gestimmt und es wären 33 Prozent bestimmt oder eher dafür gewesen. 11 Prozent wären noch unentschieden gewesen.



Bei der Initiative "Volkssouveränität statt Behördenpropaganda" hätten 60 Prozent bestimmt oder eher „Nein“ und 26 Prozent bestimmt oder eher „Ja“ gestimmt, 14 Prozent waren noch unentschieden.



Beim neuen Gesundheitsartikel („Für Qualität und Wirtschaftlichkeit in der Krankenversicherung“; Gegenentwurf zur zurückgezogenen Volksinitiative "Für tiefere Krankenkassenprämien in der Grundversicherung“) wären 45 Prozent bestimmt oder eher auf der gegnerischen resp. 39 Prozent auf der befürwortenden Seite gestanden (bei 16 Prozent Unentschiedenen).



An der Volksabstimmung über die drei Vorlagen hätten 46 Prozent der Stimmberechtigten teilgenommen.

Verglichen mit der ersten Befragung (Mitte April 2008) ist somit die Beteiligungsabsicht gestiegen. Die Ablehnungsbereitschaft ist insbesondere beim Gesundheitsartikel, aber auch bei der Einbürgerungsinitiative deutlich grösser geworden. Bei der Volksinitiative „Volksouveränität statt Behördenpropaganda“ hat sich jedoch kaum etwas bewegt.

Das sind die Hauptergebnisse der zweiten von insgesamt zwei Repräsentativ-Befragungen der SRG SSR idée suisse, die das Forschungsinstitut gfs.bern vom 10. bis 17. Mai 2008 bei 1209 stimmberechtigten Personen in der ganzen Schweiz durchgeführt hat.

In der Umfrage nur am Rande enthalten sind allfällige Auswirkungen auf die Meinungsbildung der „Arena“-Sendung von SF, die am 16. Mai stattfand.

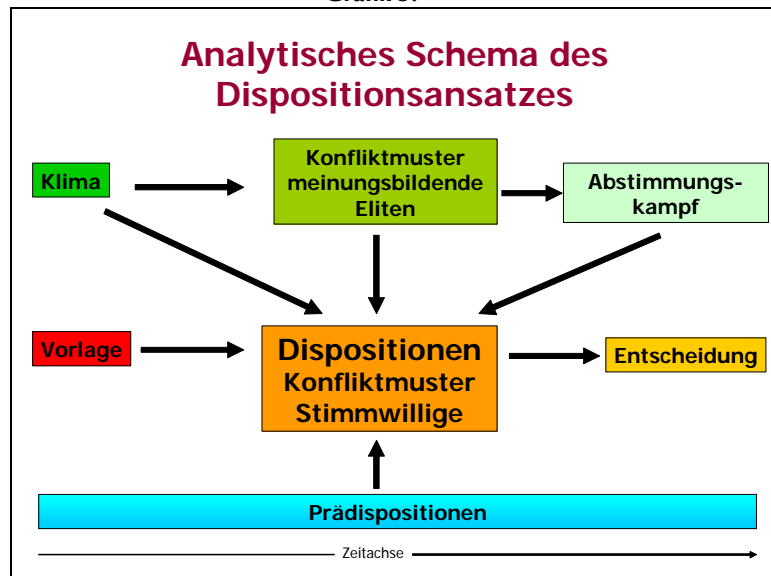
Grafik 4:

Datenbasis	
Grundgesamtheit:	Stimmberechtigte in der ganzen Schweiz
Erhebungsart:	computerunterstützte Telefoninterviews
Stichprobenbildung:	sprachregional geschichtete, doppelte Zufallsauswahl (Haushalte, BewohnerInnen)
Befragungsdauer:	09. Mai bis 17. Mai 2008; Mean-Day: 14. Mai 2008
Stichprobengrösse:	N = 1209 (Total), n = 860 (Abst.- Teilnahmewillige)
Stichprobenfehler:	+/- 2.9 Prozentpunkte bei 50/50 (N= 1209) +/- 3.4 Prozentpunkte bei 50/50 (n= 860) (beide bei 95-prozentiger Wahrscheinlichkeit)
Verwendbarkeit:	exklusiv für SRG SSR idée suisse, Sperrfrist: Mittwoch, 21.05.2008, 18:00 Uhr

2. Der Untersuchungsansatz

Untersucht wurden mit dieser Befragung der Studienreihe „SRG im Trend“ die vorläufigen Stimmabsichten gut zwei Wochen vor der Volksabstimmung vom 1. Juni 2008. Der mittlere Befragungstag war der 14. Mai 2008. Die ermittelten Ergebnisse stellen eine Momentaufnahme während des Abstimmungskampfes dar. Sie sind keine direkte Prognose des Abstimmungsausganges.

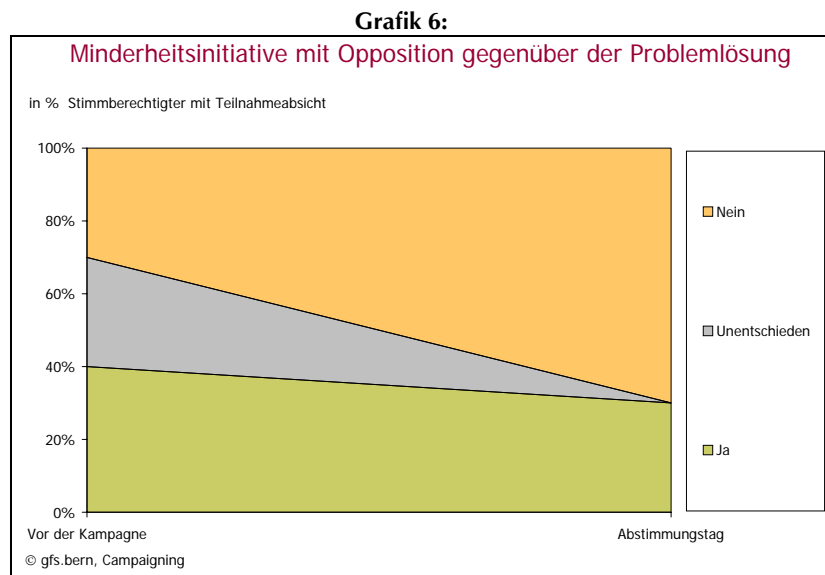
Grafik 5:



Die Untersuchung basiert auf dem Dispositionsansatz, den das Forschungsinstitut gfs.bern eigens für die Analyse von Meinungsbildungsprozessen entwickelt hat. Er geht grundsätzlich von zwei unterschiedlichen Einflüssen auf die Meinungsbildung während Abstimmungskämpfen aus:

- **Information:** Unter dem Eindruck der vorwiegend massenmedial intensivierten Information während eines Abstimmungskampfes nimmt die Involvierung der Stimmberechtigten ins Geschehen rund um die Abstimmungsentscheidungen recht kurzfristig zu. Es bilden sich bei teilnahmewilligen Stimmberechtigten, die sich vorgängig nicht informiert haben, Meinungen und vorläufige Stimmabsichten aus. In der Regel werden so Unschlüssige zu Befürwortenden oder GegnerInnen. Je später die Entscheidung getroffen wird, desto wahrscheinlicher stimmt man gegen eine Neuerung.
- **Prädisposition:** Abstimmungsgegenstände sind nicht für alle teilnahmewilligen BürgerInnen neu und von gleicher Bedeutung. Es gibt unterschiedliche Betroffenheiten durch ein Thema, und es gibt unterschiedliche Routinen, sich mit Abstimmungsfragen generell zu beschäftigen. Je stärker das eine oder andere ausgeprägt ist, desto eher gehen wir davon aus, dass es aufgrund der Alltagserfahrungen mit dem Thema oder der Trägerschaft einer Vorlage auch ohne Abstimmungskampf zu vorläufigen Stimmabsichten kommt. Diese müssen nicht stabil sein, sondern können sich unter dem Eindruck der Kampagnen pro und kontra weiterentwickeln. Das ist vor allem dann der Fall, wenn Konsequenzen der Entscheidungen, die spontan nicht bedacht wurden, ersichtlich werden, was meist einen Meinungswandel vom Pro ins Kontra einleitet.

Die hier lediglich sehr knapp dargelegten Überlegungen sind wichtig, um Repräsentativbefragungen zu Volksabstimmungen, richtig zu interpretieren. Weder ist die Annahme richtig, dass bis zum Abstimmungstag nichts mehr geschieht, noch trifft die Hypothese zu, dass man die bisher Unschlüssigen anteilmässig auf die beiden bisherigen Lager verteilen kann. Der Nein-Anteil nimmt während eines Abstimmungskampfes eigentlich immer zu, während der Ja-Anteil leicht wachsen kann, stabil bleiben oder auch rückläufig sein kann.



Bei Volksinitiativen gehen wir davon aus, dass sie in der Regel Themen aufgreifen, die in der Bevölkerung als Probleme bekannt sind und damit eine stärkere Prädisponierung der Entscheidung existiert. Man äussert Stimmabsichten, die meist im Sinne der Initianten und des von ihnen aufgegriffenen Problems ausfallen. Diese Sichtweise rückt jedoch während des Abstimmungskampfes etwas in den Hintergrund, wenn man nicht nur das Problem, sondern auch die mit der Lösung des Problems verbundenen Konsequenzen betrachtet.

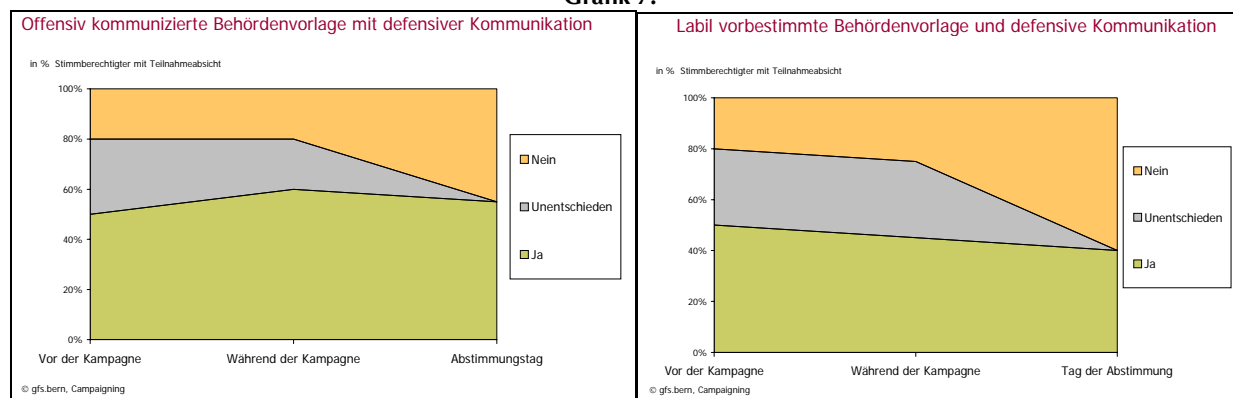
In den beiden aktuellen Fällen zeigte sich, dass beide Volksinitiativen in der Ausgangslage keine Mehrheit hinter sich hatten (vgl. Abstimmungsvoranalyse von Mitte April 2008). Sie sind also beide nicht potenzielle Mehrheitsinitiativen, sondern vertreten Minderheitsanliegen. Bei der Initiative „Volksouveränität statt Behördenpropaganda“ ist das ausgesprochen eindeutig der Fall, während die Klassierung der Einbürgerungsinitiative vorerst nicht eindeutig war.

Tabelle 1:
Übersicht über die Ausgangslagen und der erwarteten Meinungsbildung
bei den Volksinitiativen „Für demokratische Einbürgerungen“ und „Volksouveränität statt Behördenpropaganda“

Volksinitiative	anfängliche Stimmabsichten (Mitte April 2008)	Prognose Nein-Anteil	Prognose Ja-Anteil	Prognose Unentschiedenen-Anteil
Einbürgerungsinitiative	48% Ja, 37% Nein, 15% Unentschieden	nimmt zu	nimmt höchstwahrscheinlich ab	nimmt höchstwahrscheinlich ab
Volksouveränität statt Behördenpropaganda	27% Ja, 57% Nein, 16% Unentschieden	nimmt zu	nimmt höchstwahrscheinlich ab	nimmt höchstwahrscheinlich ab

Bei *Behördenvorlagen* wie dem neuen Gesundheitsartikel nehmen wir in der Regel an, dass die Prädisponierung schwächer ist, weil Regierung und Parlament auch Themen regeln, die sich nicht zwingend aus Bevölkerungsproblemen ableiten. Deshalb ist hier meistens wichtiger, wer im Abstimmungskampf wie aktiv ist, denn das beeinflusst die Unentschiedenen. Bei prädisponierten Themen aber gehen wir umgekehrt davon aus, dass zu Beginn die Ja-Seite führt, wenn sie ein Bevölkerungsanliegen aufnimmt, der Effekt sich aber während des Abstimmungskampfes auch abbauen kann. Das ist insbesondere dann der Fall, wenn die Bevölkerungserwartungen durch die Vorlage nicht aufgenommen werden oder der mehrheitliche Konsens, der während der parlamentarischen Beratung noch bestand, im Abstimmungskampf zerfällt. In diesem Fall kommt es zu ähnlichen Prozessen der Meinungsbildung wie bei Volksinitiativen.

Grafik 7:



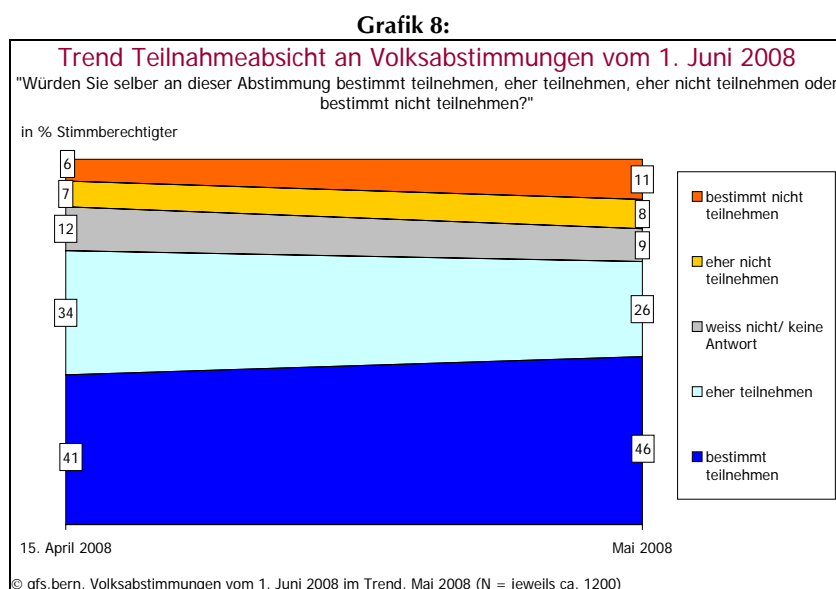
Eine Trendprognose ist nur für den Nein-Anteil möglich, dieser vergrössert sich mit grösster Wahrscheinlichkeit. Beim Ja-Anteil kommt es auf den Verlauf des Abstimmungskampfes an: Der Ja-Anteil wächst meist, wenn die Ja-Seite offensiv auftritt; er verringert sich dagegen praktisch sicher, wenn der Behördenkonsens sichtbar zerfällt.

Tabelle 2:
Übersicht über die Ausgangslage und der erwarteten Meinungsbildung
bei der Behördenvorlage „Gesundheitsartikel“

Behördenvorlage	anfängliche Stimmabsichten (Mitte April 2008)	Prognose Nein-Anteil	Prognose Ja-Anteil	Prognose Unentschiedenen-Anteil
Gesundheitsartikel	62% Ja, 18% Nein, 20% Unentschieden	nimmt zu	<ul style="list-style-type: none"> nimmt zu, wenn die Behördenseite dominiert nimmt ab, wenn der Konsens auf Behördenseite zerfällt 	nimmt meist ab

3. Die vorläufige Beteiligungsbereitschaft an den Volksabstimmungen

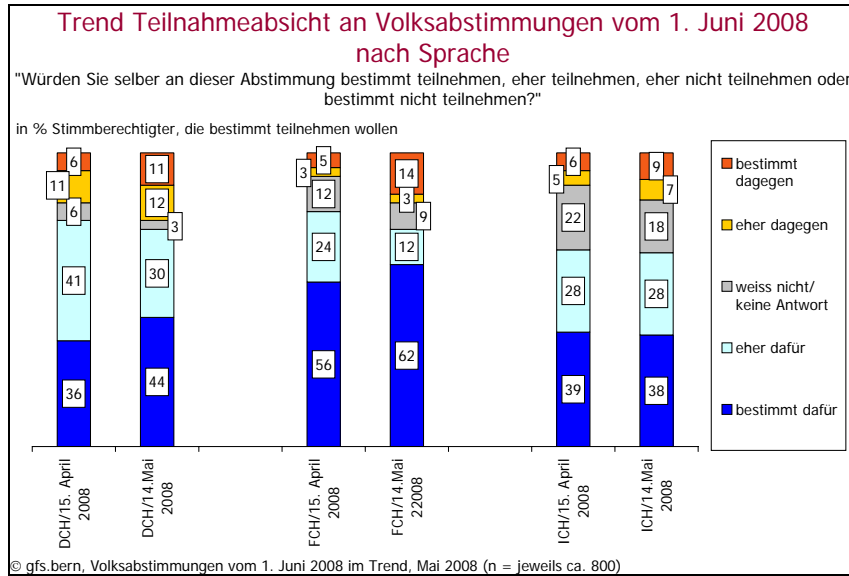
Zum Befragungszeitpunkt (Mitte Mai 2008) hätten sich 46 Prozent der Stimmberechtigten an den Volksabstimmungen beteiligt. Das entspricht einem leicht unterdurchschnittlichen Wert für diesen Zeitpunkt und verweist auf eine mögliche reale Stimmbeteiligung zwischen 45 und 50 Prozent.



Die bestimmte Teilnahmebereitschaft ist gegenüber der ersten Befragung um 5 Prozentpunkte gestiegen. Das entspricht der Erwartung, wonach die Involvierung der Bürgerschaft mit dem Abstimmungskampf zunimmt.

Das gilt namentlich für die deutschsprachige Schweiz, wo sich aktuell 8 Prozentpunkte mehr als vor einem Monat bestimmt beteiligen würden. In der italienischsprachigen Schweiz findet sich dagegen keine analoge Entwicklung. Die Beteiligungsbereitschaft bleibt hier auf tiefem Niveau stabil.

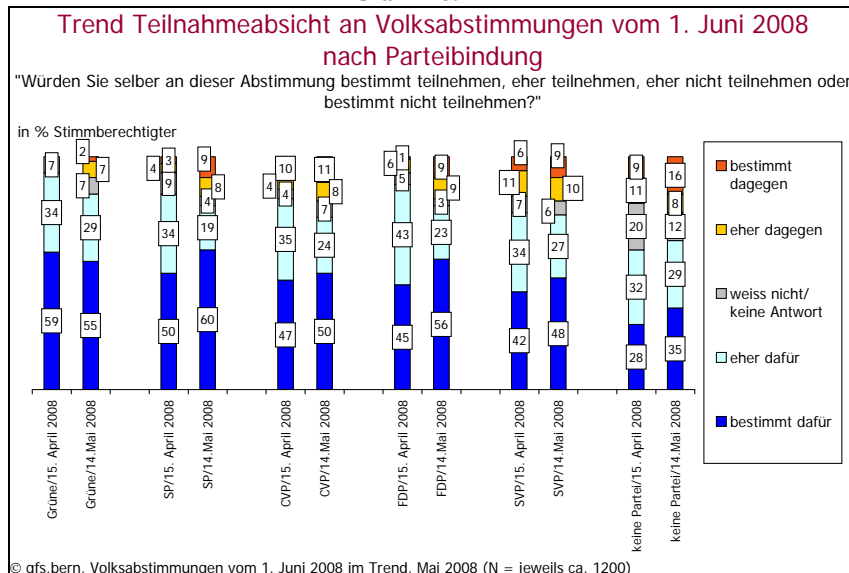
Grafik 9:



Parteipolitisch zeigt sich das Ansteigen der Beteiligungsabsichten in allen Lagern ausser bei der Anhängerschaft der Grünen (- 4%-Punkte). Besser mobilisiert als vor Monatsfrist erscheinen namentlich die FDP-Anhängerschaft (+ 11%-Punkte) und die SP-Basis (+ 10%-Punkte).

Im Parteienvergleich ist damit das rot-grüne Lager etwas besser mobilisiert als das bürgerliche Zentrum. Der auffälligste Befund ergibt sich aber für die SVP: Sie ist von allen Wählerschaften am wenigstens gut mobilisiert; aktuell würde nur knapp die Hälfte ihrer SympathisantInnen am 1. Juni abstimmen gehen.

Grafik 10:



Dieser Befund ist aussergewöhnlich, insbesondere angesichts der Abstimmungsthemen. Als einzige Partei empfiehlt die SVP ein dreifaches Ja, die Einbürgerungs-Initiative stammt aus ihren eigenen Reihen und auch bei der Behördenpropaganda-Initiative finden sich Bezugspunkte der SVP zu den Initianten. Erklären lässt sich dieser Befund eigentlich nur durch die aktuellen Umstände: Zurzeit beschäftigt sich die SVP vorwiegend mit ihrer Haltung zu Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf und konnte dabei bisher noch nicht die

erhoffte rasche Klärung erwirken. Auf die eigene Wählerschaft wirken sich diese parteiinternen Diskussionen nicht mobilisierend aus.

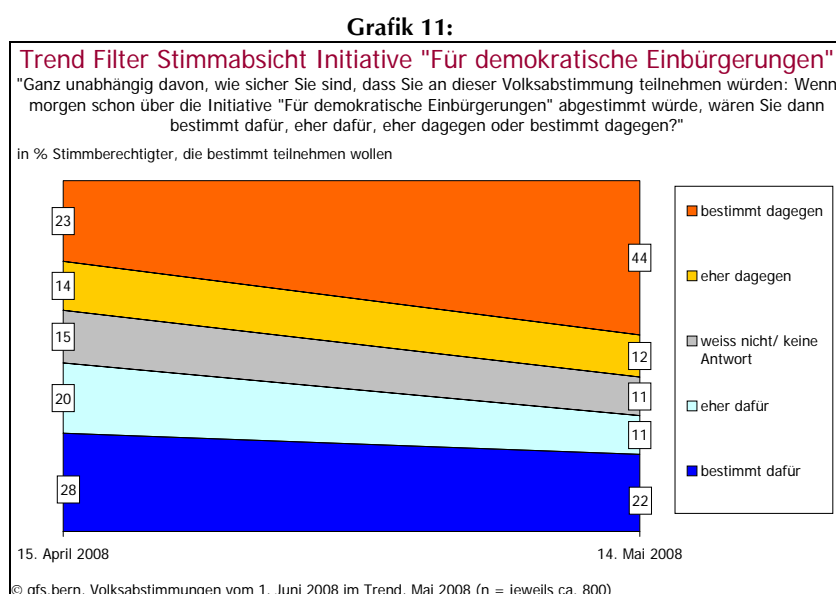
4. Die Volksinitiative „Für demokratische Einbürgerungen“

2003 entschied das Bundesgericht: Urnenabstimmungen in den Gemeinden über Einbürgerungsgesuche sind unzulässig, man muss bei negativen Einbürgerungsentscheiden rekurrieren können. Die Initiative "Für demokratische Einbürgerungen" will nun, dass die Gemeinden in Zukunft eigenständig und abschliessend über das Bürgerrecht in der Gemeinde und damit auch über das Schweizer Bürgerrecht entscheiden können.

Die Initiative stammt aus den Reihen der SVP Schweiz. Sie findet in den anderen bürgerlichen Parteien auf lokaler Ebene teilweise Unterstützung. Sie wird aber von FDP, CVP, SP und Grünen auf nationaler Ebene verworfen, ebenso wie von Regierung und Parlament, die im fehlenden Rekursrecht eine Form von Willkür und Diskriminierung sehen.

4.1. Die vorläufigen Stimmabsichten und das vorläufige Konfliktmuster

Während der zweiten Befragung Mitte Mai 2008 hätten 56 Prozent der StimmbürgerInnen mit der festen Absicht an der Abstimmung teilzunehmen bestimmt oder eher „Nein“ gestimmt. Davon wären 44 Prozent dezidiert gegen die Volksinitiative der SVP gewesen, 12 Prozent eher dagegen. Bestimmt für die Initiative hätten 22 Prozent der Stimmberechtigten gestimmt, 11 Prozent eher dafür. Aufaddiert ergibt das eine Zustimmungsbereitschaft von einem Drittel. Unschlüssig wäre nur noch jede neunte beteiligungswillige Person gewesen.



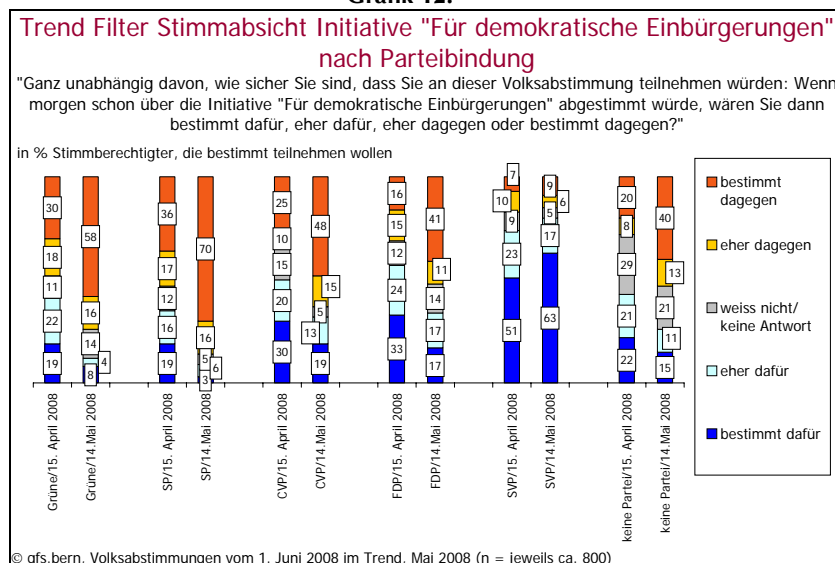
Der vorgefundene Trend hin zum „Nein“ ist deutlich und er entspricht den Erwartungen, die wir im Bericht zur ersten Befragungswelle von Mitte April aufgrund des Dispositionsansatzes formuliert hatten:

Erstens hat die Ablehnungsbereitschaft während des Abstimmungskampfes zugenommen, zweitens hat sich der Prozentsatz der Unschlüssigen verringert und drittens ist auch die Zustimmungsbereitschaft kleiner geworden.

Etwas überraschend ist das Ausmass der Entwicklungen. Eine Verschiebung um 15 Prozentpunkte innert Monatsfrist ist zwar nicht einmalig, vergleichsweise aber viel. Dieser Befund lässt vermuten, dass ein erheblicher Meinungsumschwung stattgefunden hat. Da sich dieser nicht aus einer intensiven Kampagnenaktivität gegen die Initiative erklären lässt, muss zu seiner Begründung vielmehr auf das allgemeine Meinungsklima zurückgegriffen werden. Dieses wird seit Wochen durch die Auseinandersetzung der SVP mit Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf geprägt. Das scheint zwischenzeitlich nicht nur die innere Mobilisierung zu erschweren. Die Umfrageergebnisse legen nahe, dass auch die Ausstrahlungskraft der stärksten schweizerischen Partei auf die WählerInnen der anderen politischen Lager leidet.

Da die zentralen Befunde unseren Hypothesen entsprechen, kann auch die Interpretation im Rahmen der aus dem Dispositionsansatz abgeleiteten Erwartungen erfolgen: Demnach hat in der beteiligungsbereiten Bürgerschaft eine Fokusverschiebung stattgefunden. Anfänglich hatte man sich vorwiegend mit dem durch die Initiative aufgegriffenen Problem befasst. Dabei handelte es sich namentlich um die allgemeine Unzufriedenheit mit eingebürgerten und dann kriminell gewordenen Jugendlichen. Zwischenzeitlich bildet man sich seine Meinung jedoch eher aufgrund des Vorlageninhaltes resp. der Konsequenzen, die sich aus einer Zustimmung ergeben könnten.

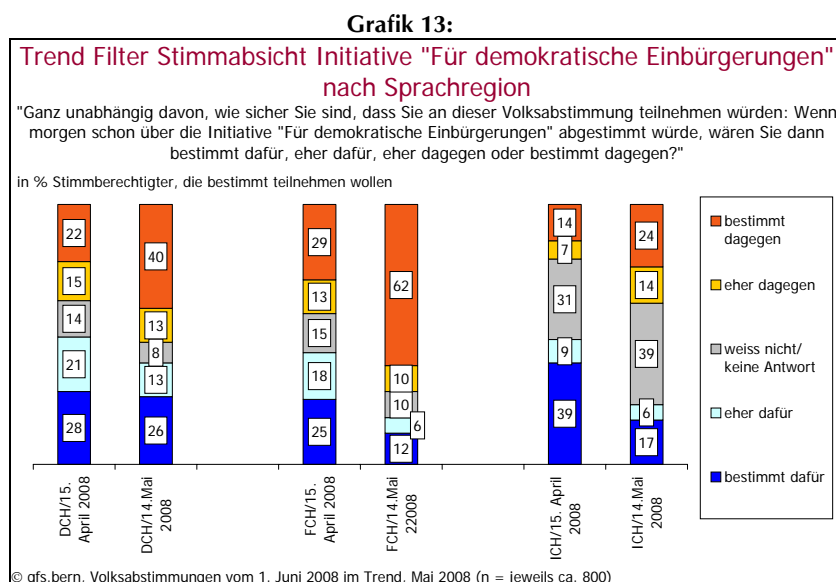
Grafik 12:



In den verschiedenen politischen Lagern sind die Trends unterschiedlich, aber erwartungsgemäss. Bei der SVP, der Trägerin der Initiative, sind die mobilisierten SympathisantInnen klarer dafür als noch vor einem Monat. Aktuell würden 80 Prozent bestimmt oder eher dafür stimmen, und es wären 15 Prozent bestimmt oder eher dagegen. Bei den anderen Parteien fand eine umgekehrte Entwicklung statt. Am stärksten gegen die Initiative würde heute die SP-Basis stimmen; bei ihr ist auch der Meinungswandel in Richtung „Nein“ am grössten. Aktuell wären 86 Prozent der beteiligungsbereiten SP-WählerInnen eher gegen die Vorlage und 9 Prozent eher dafür. Erheblich ist der Meinungswandel auch bei den Grünen, der CVP und beschränkt auch bei der FDP. Die anfänglichen Tendenzen, die SVP-Initiative befürworten zu wollen, sind hier zurückgegangen. Die Ablehnungsbereit-

schaft ist bei allen diesen Parteien entsprechend den Parteiparolen mehrheitlich negativ. Selbst bei parteipolitisch ungebundenen BürgerInnen ergibt sich ein deutlicher Trend weg von der Initiative. Eine knappe Mehrheit würde heute auch hier ablehnend stimmen.

Markant ist der Meinungswandel vor allem in der Romandie (+30 Prozentpunkte beim Nein-Anteil), bei den jüngeren Altersgruppen (+27 Prozentpunkte beim Nein-Anteil), in den höheren Bildungsschichten (+24 Prozentpunkte beim Nein Anteil) und in den urbanen Gebieten (+22 Prozentpunkten beim Nein-Anteil).

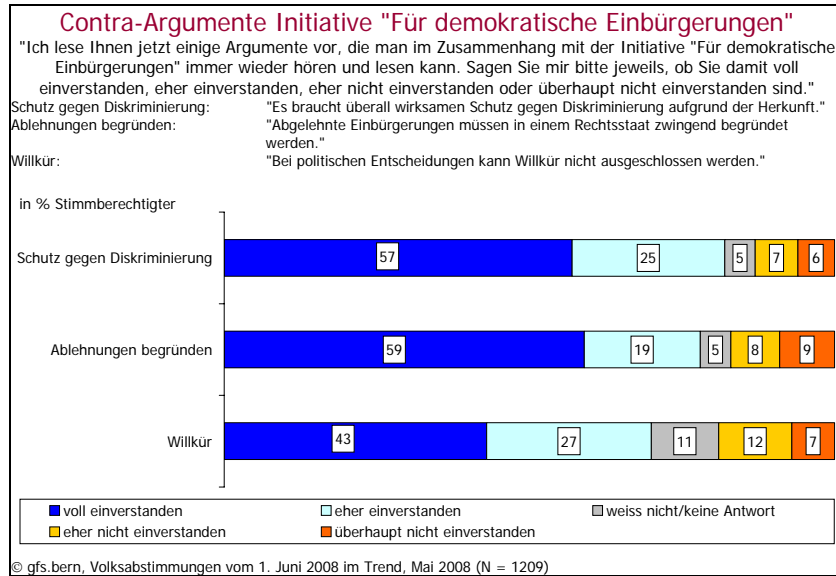


Auffällig gering fällt der Meinungswandel dagegen in den italienischsprachigen Gebieten aus, wo die Unschlüssigkeit nicht nur extrem hoch ist, sondern sogar noch zugenommen hat. Hier kann man unverändert keine Aussage machen, wie die Abstimmung ausgehen könnte.

4.2. Die Argumentebewertung

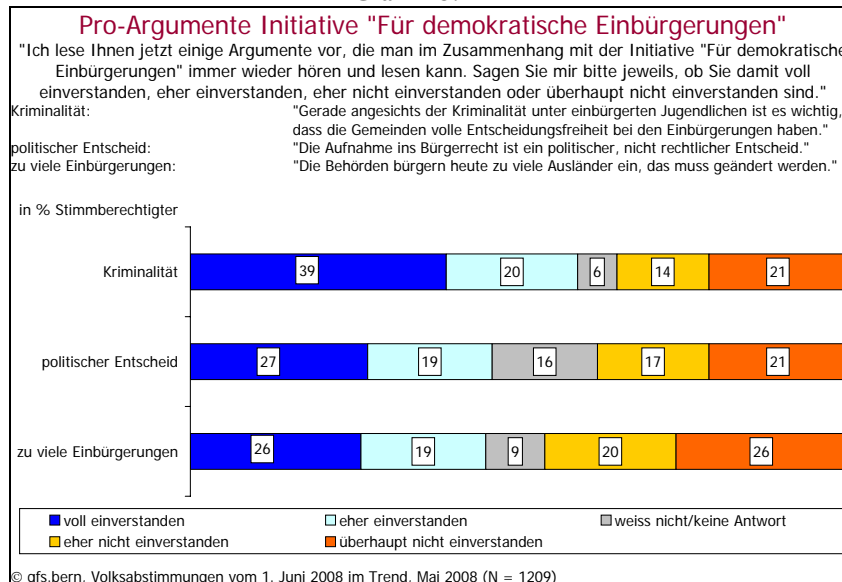
Die Bewertung der Argumente fällt nicht grundsätzlich anders aus als in der ersten Befragungswelle von Mitte April 2008. Es stehen sich verschiedenen Sichtweisen gegenüber, die auf beiden Seiten mehrheitsfähig sind. In der Summe sind die gegnerischen Argumente jedoch besser akzeptiert und wiegen in der Entscheidungsfindung schwerer.

Grafik 14:



Für 82 Prozent der Stimmberechtigten braucht es in Einbürgerungsverfahren einen wirksamen Schutz vor Diskriminierung aufgrund der Herkunft. Eine klare Mehrheit ist der Auffassung, dass das Ursprungsland eines/einer Einbürgerungswilligen nicht entscheidend sein darf. 78 Prozent sind zudem damit einverstanden, dass es eine Begründung braucht, damit ein Einbürgerungsverfahren rechtsstaatlich ist. Damit werden die Forderungen des Bundesgerichts klar mehrheitlich gestützt.

Grafik 15:



Mehrheitlich bleiben trotz rückläufiger Tendenz Bedenken, dass das jetzige Verfahren den Behörden zu wenig Entscheidungsfreiheit gewähre, wenn es sich um eingebürgerte und Jugendliche handle, die kriminell seien. 59 Prozent der Stimmberechtigten stimmen dieser Forderung der InitiantInnen zu. 46 Prozent sehen im Einbürgerungsverfahren einen politischen Entscheid; 70 Prozent sind aber der Auffassung, ein solcher dürfe nicht willkürlich ausfallen. 45 Prozent sind schliesslich der Meinung, es gäbe heute nicht zu viele Einbürgerungen, wie das ein Plakat der Befürwortenden suggerieren will.

Tabelle 3: Argumente Einbürgerungsinitiative

	Ja-Seite	Nein-Seite
Mehrheitsfähig	Mehr Entscheidungsfreiheit wegen Kriminalität	Keine Diskriminierung Fehlende Rekursmöglichkeit Keine Willkürentscheide
Relative Mehrheit zustimmend	Politischer Entscheid	
Relative Mehrheit ablehnend	Zu viele Einbürgerungen	

Die Wirkungsweise der Argumente zu dieser Vorlage wird nicht auf den ersten Blick ersichtlich. Das hat vor allem damit zu tun, dass sie nicht in allen Parteiwählerschaften gleich gelesen werden resp. die erwartete Wirkung auslösen:

Am Beispiel der Einschätzung, ob heute generell zu viel oder generell zu wenig eingebürgert wird, kann die Problematik aufgezeigt werden. In der SVP-Wählerschaft ist man der Meinung, man bürgere ganz allgemein zu viele AusländerInnen ein. Es ist denn auch eine Botschaft, die hier die Zustimmung zur Initiative befördert. An der Basis der FDP und der CVP ist man dagegen mehrheitlich nicht der Meinung, das man allgemein zu viel einbürgere. Das Plakat der "Masseneinbürgerung" wirkt hier, wenigstens bei der Mehrheit ihrer Wählenden, kontraproduktiv. Es führt dazu, dass man die Initiative verstärkt ablehnen will.

Ein ähnliches Phänomen, jetzt aber auf das rotgrüne Lager bezogen, findet sich bei der Kriminalitätsfrage. Im rotgrünen Lager ist man mehrheitlich nicht der Meinung, dass es deshalb generell ein anderes Einbürgerungsverfahren brauche. Auch hier provoziert eine der Hauptbotschaften der SVP in die umgekehrte Richtung. Diese Polarisierung findet sich, bezogen auf dieses Thema, nicht an der Basis der bürgerlichen Zentrumsparteien. Hier bleibt es der Hauptgrund, warum eine Minderheit der AnhängerInnen für die Volksinitiative der SVP stimmen will.

Tabelle 4: Parteispezifische Wirkung Argumente Einbürgerungsinitiative

wirksame Botschaften	Grüne	SP	CVP	FDP	SVP
Kriminalität	wirkt ablehnend	wirkt ablehnend	wirkt zustimmend	wirkt zustimmend	wirkt zustimmend
zu viele Einbürgerungen	wirkt nicht	wirkt nicht	wirkt ablehnend	wirkt ablehnend	wirkt zustimmend
mangelnde Begründung	wirkt nicht	wirkt ablehnend	wirkt ablehnend	wirkt ablehnend	wirkt nicht
politische Entscheidung	wirkt nicht	wirkt nicht	wirkt nicht	wirkt nicht	wirkt zustimmend
Diskriminierungsschutz	wirkt nicht	wirkt ablehnend	wirkt nicht	wirkt nicht	wirkt nicht
Bilanz	Ablehnung einer Ja-Botschaft entscheidend	Zustimmung zu einer Nein- resp. Ablehnung einer Ja-Botschaft entscheidend	Zustimmung zu einer Nein-Botschaft und Kontroverse um Ja-Botschaften wirken	Zustimmung zu einer Nein-Botschaft und Kontroverse um Ja-Botschaften wirken	Zustimmung zu Ja-Botschaften wirken entscheidend

Die SVP argumentiert mit der Einbürgerungsinitiative ein mehrheitsfähiges Anliegen mit mehrheitsfähigen Argumenten zu vertreten. Dieser Anspruch der Initianten scheint angesichts der vorliegenden Argumentebewertung übertrieben. Probleme bestehen aus BürgerrInnen-Sicht zwar punktuell, doch reichen diese für die Mehrheit nicht aus, um die Einbürgerungsverfahren auf eine generell andere Grundlage zu stellen.

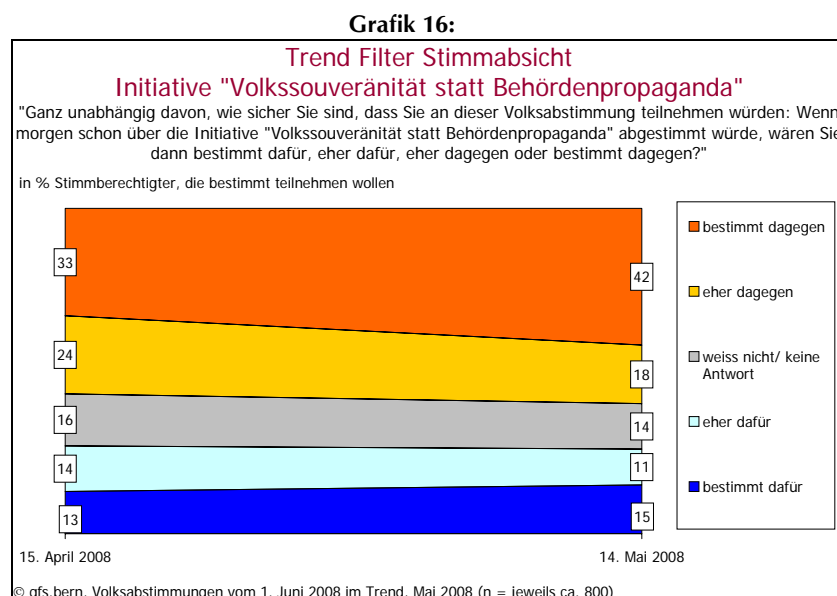
5. Die Volksinitiative „Volkssouveränität statt Behördenpropaganda“

Diese Volksinitiative will die Informations- und Propagandatätigkeit von Bundesrat und Verwaltung im Vorfeld eidgenössischer Volksabstimmungen auf ein Minimum beschränken. Zugelassen bliebe laut Initiativtext einzig eine einmalige, kurze Darstellung der jeweiligen Abstimmungsvorlagen durch den oder die VorsteherIn des zuständigen Departments sowie die Informationen im "Bundesbüchlein".

Die Initiative, die aus rechtsbürgerlichen Kreisen stammt, wird von der SVP unterstützt. Sonst lehnen sie alle grösseren Parteien ab, genauso wie Bundesrat und Parlament. Der Bundesrat verlangt, weiterhin Handlungsfreiheiten bei Falschinformationen zu haben und verweist darauf, dass das Parlament seinen Informationsauftrag unabhängig davon bereits restriktiv geregelt hat.

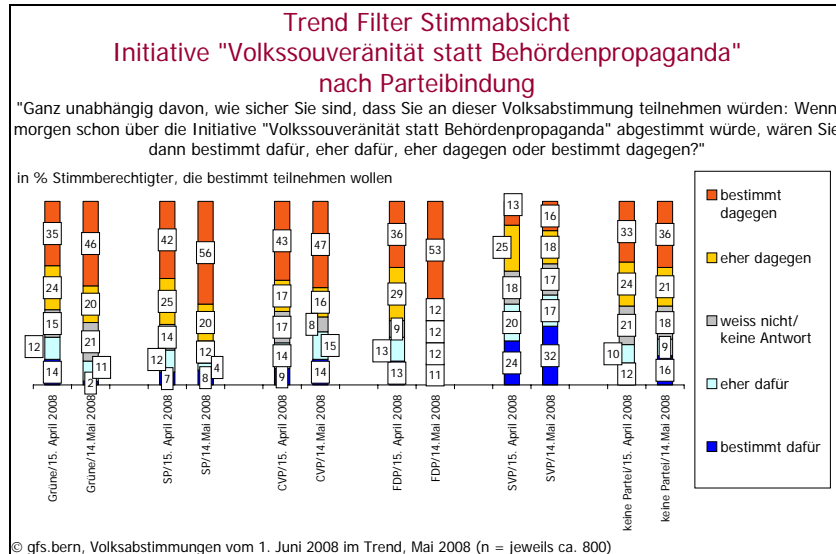
5.1. Die vorläufigen Stimmabsichten und das vorläufige Konfliktmuster

Wäre Mitte Mai 2008 über die Behördenpropaganda-Initiative entschieden worden, hätten 26 Prozent der Teilnehmewilligen bestimmt oder eher zugestimmt, und es wären 60 Prozent bestimmt oder eher dagegen gewesen. 14 Prozent der teilnehmewilligen BürgerInnen wären unschlüssig gewesen, was sie stimmen sollten.



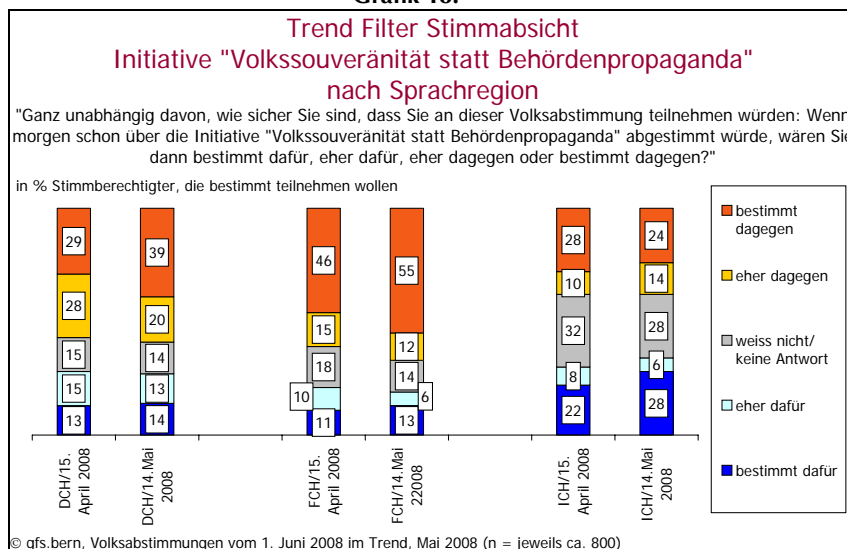
Die Trends sind hier schwach, aber alle in der erwarteten Richtung. Der Nein-Anteil hat innert Monatsfrist um 6 Prozentpunkte zugenommen. Der Anteil Unschlüssiger ist um 5 Prozentpunkte zurückgegangen, und selbst der Ja-Anteil hat sich, wenn auch im Stichprobenfehlerbereich, minimal verringert. Wir können das als Beleg dafür nehmen, dass es sich bei dieser Initiative um ein typisches Minderheitsanliegen handelt, welches in seiner Konsequenz auf mehrheitliche Ablehnung stösst.

Grafik 17:



Die zentrale Konfliktlinie betrifft unverändert die politischen Lager. Eine knappe Mehrheit der SVP will eher dafür stimmen; der Rückhalt der Initiative ist in dieser Partei leicht steigend. Dafür sinkt er bei allen anderen Parteiwählerschaften. 76 Prozent der SP-AnhängerInnen sind eher im Nein; für 66 Prozent der Grünen-Basis gilt dasselbe. Bei der FDP weist unsere Erhebung einen ablehnenden Prozentsatz von 65 Prozent nach, während dieser bei der CVP 63 Prozent beträgt. Selbst bei den ungebundenen BürgerInnen ergibt sich eine negative Mehrheit; sie beträgt hier 57 Prozent.

Grafik 18:



In zweiter Linie finden sich Unterschiede zwischen den Sprachregionen. Der ausgewiesene Nein-Anteil in der Romandie liegt bei rund zwei Dritteln und in der deutschsprachigen Schweiz bei knapp drei Fünfteln. Anders sind die Verhältnisse auch bei dieser Vorlage in der italienischsprachigen Schweiz, bleibt doch die Meinungsbildung auch hier zurück. 34 Prozent der italienischsprachigen Stimmberechtigten sind gegenwärtig im Ja, 38 Prozent im Nein, und 28 Prozent sind unentschieden. Entwicklungen über die Zeit lassen sich kaum ausmachen.

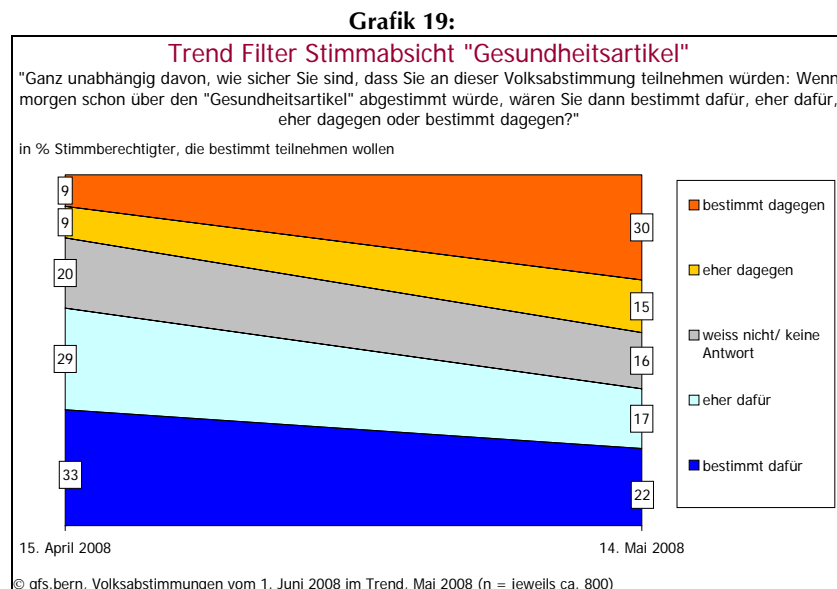
6. Der neue Gesundheitsartikel in der Bundesverfassung

Der neue Gesundheitsartikel in der Bundesverfassung („Für Qualität und Wirtschaftlichkeit in der Krankenversicherung“) will die Qualität im Gesundheitswesen erstmals in der Verfassung festschreiben. Die Patienten sollen eigenständig und transparent Angebote und Preise vergleichen und schweizweit frei einen Arzt oder Spital für Ihre Behandlung auswählen können. Erstmals wird die Prämienverbilligung in der Verfassung festgeschrieben, was eine soziale Grundversorgung im Gesundheitsbereich garantieren soll.

Der neue Gesundheitsartikel ist als Gegenvorschlag zur SVP-Initiative im Gesundheitsbereich entstanden. Das Begehren selber wurde von den Initianten zurückgezogen, sodass nun lediglich über die neue Verfassungsgrundlage abgestimmt wird. Im Parlament unterstützten Mehrheiten von SVP, FDP und CVP die Vorlage, während die rot-grünen Parteien sie bekämpften. Im Abstimmungskampf zeigt sich eine recht breite Koalition aus opponierenden Gesundheitsorganisationen, Kantonen und Vertretern von KonsumentInnen-Interessen. Selbst Gesundheitsminister Pascal Couchepin liess durchblicken, mit einer Ablehnung des Verfassungsartikels gut leben zu können.

6.1. Die vorläufigen Stimmabsichten und das vorläufige Konfliktmuster

Die zweite Befragungswelle vollzieht den Positionswandel zentraler Akteure im Abstimmungskampf nach. Am sichtbarsten war das bei den Kantonen, die anders als der Ständerat ein Nein empfehlen; es kam aber auch bei der CVP zum Ausdruck, die im Parlament mehrheitlich für den Artikel stimmte, als Partei im Abstimmungskampf aber gegen denselben antritt.

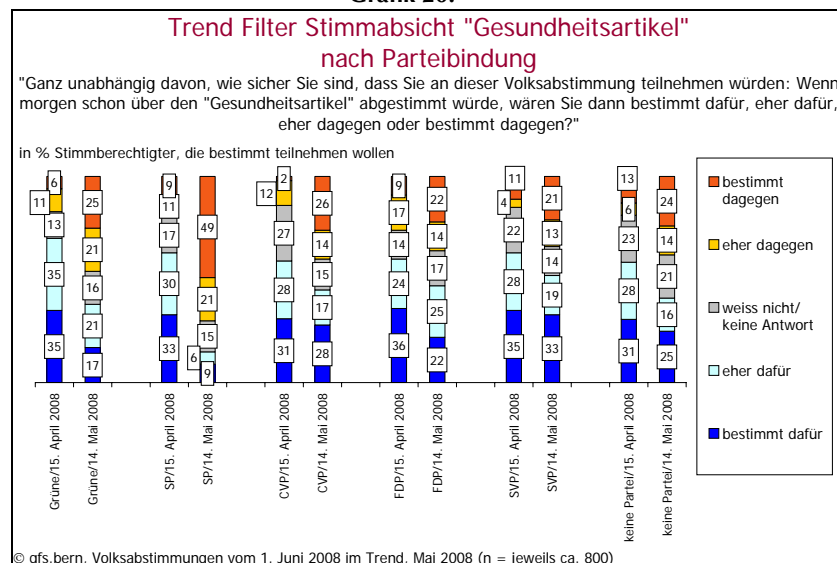


Aktuell würden 39 Prozent der Stimmberechtigten bestimmt oder eher für den Gesundheitsartikel votieren und 45 Prozent dagegen. Auf den ersten Blick ergibt das keine gesicherte Mehrheit; das gilt insbesondere, wenn man nur auf die bestimmt entschiedenen BürgerInnen abstellt, die hier nur gerade 52 Prozent der teilnahmewilligen Stimmberechtigten ausmachen.

In der Trendbetrachtung verdeutlicht sich allerdings der Eindruck, dass die Meinungsbildung erst zwischen den beiden Umfragewellen eingesetzt hat. Die Gegnerschaft ist dabei rasch anwachsend, während die Befürwortung fast ebenso rasch schwindet.

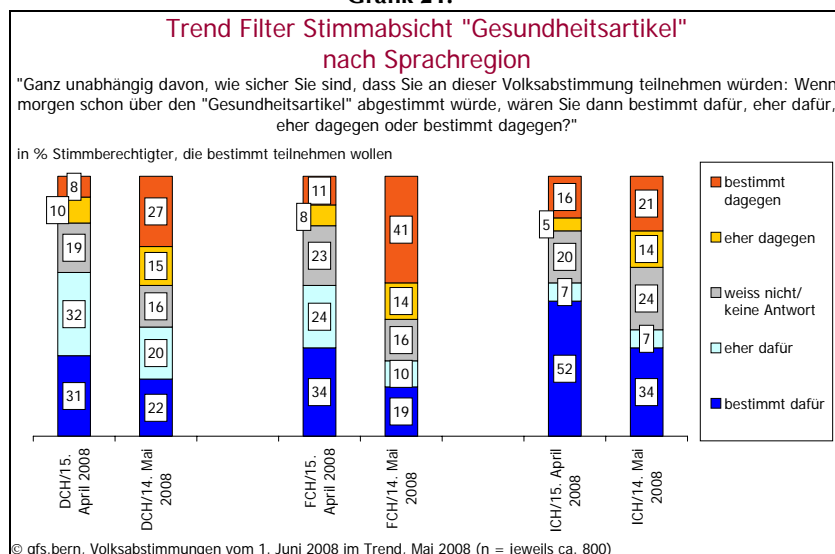
Bei einer Behördenvorlage wie dem Gesundheitsartikel entspricht dies an sich nicht der erwarteten Richtung der Meinungsbildung. Wenn sie hier klar ausfällt, kann man das als Beleg für die Ausnahmesituation nehmen, die sich in der Regel dann ergibt, wenn der mehrheitliche Wille, der im Parlament zustande kam, im Abstimmungskampf zerbricht. In einer solchen Situation werden die Karten mit Blick auf die Volksabstimmung neu gemischt und vorläufige Stimmabsichten werden nicht bestätigt, sondern beginnen sich ebenfalls ins Gegenteil zu wenden.

Grafik 20:



Der Meinungsumschwung findet überall statt, wenn auch nicht bei allen untersuchten Gruppen mit gleicher Stärke. Entsprechend können wir im Gegensatz zur ersten Befragungswelle diesmal ein Konfliktmuster nachweisen. Dieses polarisiert zunächst im Links/Rechts-Muster. So sind 70 Prozent der SP-SympathisantInnen eher auf der Nein-Seite. Eine relative Mehrheit dagegen findet sich auch bei den Grünen. Demgegenüber will eine knappe Mehrheit der SVP-Wählerschaft für den Gesundheitsartikel stimmen, während dies bei der FDP und CVP nur noch eine relative, aber keine absolute Mehrheit tun will. Praktisch hälftig gespalten sind die parteiungebundenen BürgerInnen.

Grafik 21:



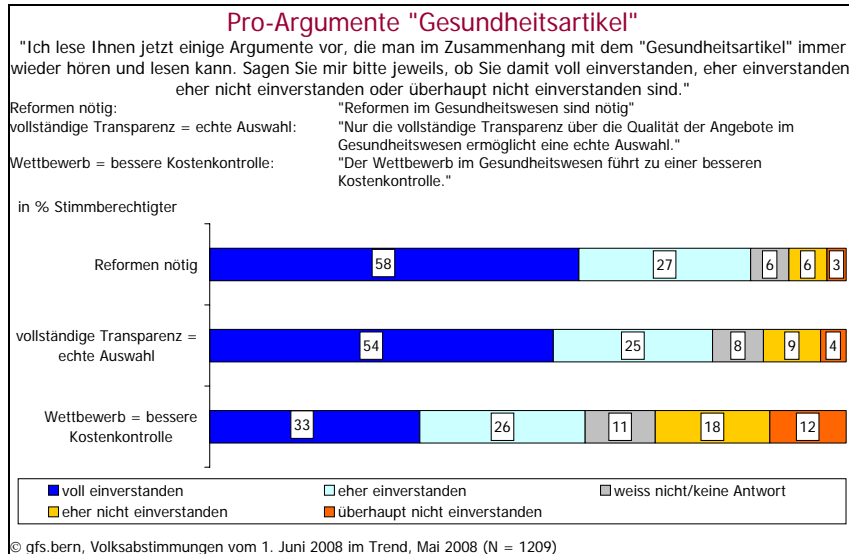
Die Kehrtwende in Sachen Gesundheitsartikel hat namentlich in der Romandie stattgefunden. Der Anteil, der bestimmt oder eher mit „Nein“ stimmen will, ist hier innert Monatsfrist von 19 auf 55 Prozent angewachsen. Umgekehrt hat sich der mehr oder weniger gesicherte Ja-Anteil von 58 auf 29 Prozent verringert. In den anderen Sprachregion gehen die Entwicklungen zwar in die gleiche Richtung, aber doch deutlich weniger stark ausgeprägt. Das gilt insbesondere für die italienischsprachige Schweiz, wo das „Ja“ das „Nein“ immer noch überwiegt, während in der deutschsprachigen Schweiz beide Gruppen gleich stark sind. Der Stimmentscheid der unschlüssigen BürgerInnen wird hier für das Abstimmungsresultat ausschlaggebend sein.

Den erheblichsten Umschwung stellen wir bei den höheren Bildungsschichten fest. Der Wert für die voraussichtliche Ablehnung ist hier innert Monatsfrist um 37 Prozentpunkte gestiegen. In den oberen Mittelschichten beträgt die Veränderung 33 Prozent und auch bei den Rentnern liegt sie mit 31 Prozent vergleichsweise hoch.

6.2. Die Argumentebewertung

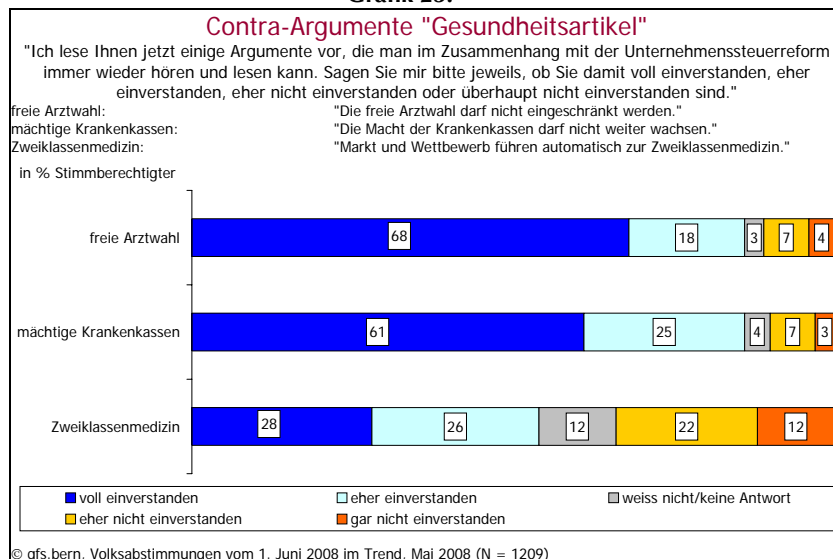
Die Zustimmung resp. Ablehnung zu den Argumenten ist fast gleich, wie in der ersten Befragung. Allerdings hat sich der Focus der Entscheidung verlagert. Insbesondere werden die Macht der Krankenkassen einerseits und die Zweiklassenmedizin andererseits verstärkt im ablehnenden Sinne problematisiert.

Grafik 22:



85 Prozent der Befragten sind ganz oder teilweise der Meinung, dass das Gesundheitswesen reformbedürftig sei. Das bedeutet jedoch nicht, dass sie sich einig darüber sind, in welche Richtung die Reform gehen sollte. Vielmehr lässt sich hieraus ablesen, dass man allgemein mit dem Status quo – warum auch immer – nicht zufrieden ist. Sowohl die Transparenz - wie auch die Wettbewerbsförderung der BefürworterInnen kommen auf der allgemeinen Ebene mehrheitlich an. Sie sollen den Entscheidungsspielraum der PatientInnen im Gesundheitswesen erhöhen und die Auswahl im wachsenden Angebot individualisieren und sie sollen kostenkontrollierend wirken.

Grafik 23:



Auch zu den Botschaften der Nein-Seite gibt es Zustimmungsmehrheiten: 86 Prozent der Stimmberechtigten befürworten die freie Arztwahl. Genau gleich viele sind der Auffassung, die Macht der Krankenkassen dürfe nicht weiter gestärkt werden. 54 Prozent befürchten schliesslich, dass die Neuerungen, die der BV-Artikel anstrebt, zu einer Zweiklassen-Medizin führen werden.

Die Regressionsanalyse zu den erklärenden Zusammenhängen zwischen Argumenten und Stimmabsichten macht zunächst klar, dass der Wettbewerb als Kostendämpfer und die Transparenz als PatientInnenchutz immer noch für den Gesundheitsartikel sprechen. Die Angst vor der Zweiklassenmedizin - vor einem Monat noch kein entscheidungsrelevanter Grund - wirkt aber auf der Nein-Seite. Wie nach der ersten Befragung vermutet, hat die Wirkung der Botschaft, der Einfluss der Krankenkassen müsste gestoppt werden, komplett gedreht. Glaubte man noch Mitte April '08 mit einer Zustimmung zum Artikel entsprechend zu handeln, ist Mitte Mai klar geworden, dass man dafür gegen den Gesundheitsartikel votieren muss. Hier hat mit der intensiveren Vorlagenbeschäftigung ein vollständiger Meinungswandel stattgefunden. Das Thema der freien Arztwahl, das von beiden Seiten aufgegriffen wird, zeigt keine entscheidungsrelevanten Einflüsse auf die gegenwärtigen Stimmabsichten mehr.

7. Das Fazit

Was sind also die wichtigsten Befunde der zweiten Vorabstimmungsanalyse zwei Wochen vor dem Abstimmungssonntag?

Am klarsten ist die Sache bei der Volksinitiative „Volkssouveränität statt Behördenpropaganda“. In beiden SRG-Trend-Befragungswellen fanden sich absolute Mehrheiten dagegen. Der Trend verläuft, wie bei einer Initiative zu erwarten ist, verstärkt ins Nein. Die Ablehnung der Initiative ist sehr wahrscheinlich.

Bei der Volksinitiative „für demokratische Einbürgerungen“ war die Ausgangslage offen. Das „Ja“ war zwar stärker als das „Nein“ unter den abstimmungsteilnahmewilligen BürgerInnen; es erreichte aber auch in der ersten Umfrage keine Mehrheit. Wie erwartet, ist die Zustimmungsbereitschaft im Vergleich zur ersten Befragungswelle zurückgegangen und die Ablehnungstendenz hat zugenommen. Die aktuellen Befragungsergebnisse legen nahe, dass die Ablehnung der Initiative wahrscheinlicher ist als ihre Annahme.

Bei den Initiativen kommt hinzu, dass aufgrund der dafür zu geringen Fallzahlen, keine Aussagen über das für eine Annahme der Initiativen zusätzlich zum Volksmehr notwendige Ständemehr gemacht werden können.

Beim Gesundheitsartikel kann man aufgrund der aktuellen Daten von einer offenen Situation sprechen. Bezieht man zusätzlich die Trends mit ein, ergeben sich Vorteile für die Nein-Seite. Damit wäre es hier zu einem eigentlichen Umschwung der Mehrheitsverhältnisse gekommen. Das Ausmass des Umschwungs ins Nein-Lager könnte sogar exemplarisch sein.

Tabelle 5:

Vorlage	Ausgangslage	Trends Meinungsbildung	Aktuelle Tendenz Volksmehr
Gesundheitsartikel	Vorteil für Ja	negativ bei Nein- und bei Ja-Anteilen	offen, Vorteile für Nein
Für demokratische Einbürgerungen	offen	negativ bei Nein und bei Ja-Anteilen	Ablehnung wahrscheinlicher als Zustimmung
Volkssouveränität statt Behördenpropaganda	Ablehnung wahrscheinlich	leicht negativ bei Nein-Anteilen	Ablehnung sehr wahrscheinlich

Wie lassen sich diese Befunde interpretieren? Aufgrund der Fakten finden sich zwar ähnliche Entwicklungen in der Meinungsbildung bei allen drei Vorlagen. Doch die Ursachen hierfür sind verschieden.

Beim Gesundheitsartikel fand der Meinungsumschwung von der Behördenposition, den relevante Akteure wie die Gesundheitsdirektoren, aber auch die CVP vollzogen, erst während des Abstimmungskampfes statt. Die Meinungsbildung in der beteiligungswilligen Bevölkerung vollzieht dies aktuell nach. Für den Gesundheitsartikel spricht unverändert, dass er verschiedene bevölkerungsseitig geteilte Anliegen aufnimmt. Gegen ihn kann man aber vorbringen, dass er, nachdem die SVP-Initiative zurückgezogen wurde, nur mehr eine laue Unterstützung hat.

Bei der SVP-Einbürgerungsinitiative ist der Umschwung etwas geringer als beim Gesundheitsartikel. Mit dem Abstimmungskampf direkt kann er nicht in Verbindung gebracht werden, sind doch die BefürworterInnen präsenter als die Gegnerschaft. Allerdings sind die SVP-Initianten gegenwärtig stärker mit sich selbst als mit ihrer Volksinitiative beschäftigt. Das schwächt ihre innere Mobilisierungskraft, die sonst immer ihre Stärke ist. Und es wirkt sich auch nicht besonders tragend auf die Meinungsbildung in anderen Lagern aus. Vor allem unter den bürgerlichen Zentrumsparteien – dies legt die zweite Repräsentativ-Befragung nahe - hat ein eigentlicher Meinungsumschwung entsprechend den Parolen der Mutterparteien stattgefunden, die sich schon im parlamentarischen Willensbildungsprozess abzeichneten.

Das gfs.bern Team

[Identität]



CLAUDE LONGCHAMP

Politikwissenschaftler,
Institutsleiter, Verwaltungsrat
Schwerpunkte: Abstimmungen, Wahlen,
Parteien, Europäische Integration,
Technologiepolitik, politische Kultur und
politische Kommunikation, Geschichte
und Methoden der Demoskopie.

[Identität]



Matthias Bucher

Sozialpsychologe, Projektleiter gfs.bern.
Schwerpunkte: Einstellungsforschung,
Gesellschaftsthemen, Abstimmungen, Wahlen, ad
hoc-Studien, quantitative Methoden.

[Identität]



SILVIA-MARIA RATELBAND-PALLY

Administratorin
Schwerpunkte: Desktop-Publishing,
Visualisierungen, Projektadministration,
Vortragsadministration.

[Identität]



MARTINA IMFELD

Projektassistentin.
Schwerpunkte: Statistische Datenanalyse,
Medienanalysen, Visualisierung.